

Sachanträge

Lingen Sachantrag (1.)

Ablehnung der neuen GEMA-Tarifstruktur

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich dafür aus, dass die Reform der GEMA-Gebühren mit den zwei neuen Tarifen nicht in die Realität umgesetzt wird. Gleichzeitig fordert die JU von den CDU-Politikern aus dem Bezirksverband, dass sie sich im Landtag öffentlich dagegen aussprechen und für eine andere Tarifstruktur plädieren.

Begründung:

Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) plant eine Reform ihres Gehührensystems. Vor der Reform hatte die GEMA elf Tarife u.a. für Disco- und Kneipenbetreiber für das Verleihen von Musikrechten. Dieses System soll nun so geändert, werden, um eine verstärkte Klarheit zu gewinnen.

Hauptaugenmerk des neuen Systems ist die Abgabe von 10% der Ticketeinnahmen. In ganz Deutschland haben sich bisher verstärkt die Discothekenbesitzer ihren Unmut über die neue Tarifstruktur gemacht.

Die GEMA sagt selbst, dass für ca. 40% der Clubs und Diskotheken die Gebühren steigen. Auf der Homepage heißt es dazu: „Teurer werden große und hochpreisige Veranstaltungen sowie Clubs und Diskotheken.“

Die Junge Union im Bezirk sollte sich öffentliche gegen diese Gebührenneustrukturierung aussprechen und damit den Druck auf die GEMA erhöhen, die sich zurzeit in einem Schlichtungsverfahren über diese neue Regelung befindet. 40% werden nach Mitteilung der GEMA mehr an Gebühren zahlen. Damit ist zu befürchten, dass eine große Anzahl an Clubs und Diskos nicht mehr wirtschaftlich arbeiten könne und insolvent gehen. Jedoch sind von dieser Neustrukturierung nicht nur Diskotheken und Kneipen betroffen, sondern auch Volks- und Kulturfeste, die in unserer Region ebenfalls sehr verbreitet sind. Für diese traditionsreichen Veranstaltungen sollte sich die Junge Union ebenfalls einsetzen. Diese

Sachanträge BDT 2012

Veranstaltungen werden häufig ehrenamtlich organisiert und sollten nicht durch eine überhöhte GEMA-Gebühr zum Scheitern verurteilt werden.

Die Junge Union sieht den Schutz im Urheberrecht von Musikkomponisten ein hohes Gut, jedoch muss es gerecht bei der Gebührenerhebung zugehen und darf nicht zu Lasten einer großen Mehrheit verstärkt Gebühren eintreiben. Deshalb ist ein Signal aus der Politik wichtig, um die Bedeutung dieses Themas aktuell zu halten.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Lingen Sachantrag (2.)

Sechsspuriger Ausbau der A 30

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für den sechsspurigen Ausbau der A30 aus und fordert die Politiker im Bezirk dazu auf, diese Autobahn in den Bedarfsplan des Bundes für den Ausbau an vorderster Stelle zu platzieren.

Begründung:

Die West-Ost-Achse in Europa hat in den letzten zehn Jahren insbesondere in der Wirtschaft an Bedeutung zugenommen. Nun da auch die Autobahnumgehung nach über 40 Jahren um die Kurstadt Bad Oeynhausen in Angriff genommen wird, ist mit einem verstärkten Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Dieses Verkehrsaufkommen beginnt in Rotterdam und nimmt seinen Lauf mit der Europastraße 30, die in Deutschland in die A 30, die ihren Lauf Richtung Osten in die A 2 nimmt. Damit ist diese Linie eine wichtige Magistrale und Verbindungslinie, besonders im Bereich Logistik.

Prognosen sehen dementsprechend ein höheres Verkehrsaufkommen in den nächsten zehn Jahren. Dafür ist es wichtig gewappnet zu sein und ein sechsspuriger Ausbau der A 30 wäre eine passende Antwort.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Lingen Sachantrag (3.)

Sachanträge BDT 2012

LKW-Maut auf allen Bundesstraßen

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für die Ausweitung der LKW-Maut auf allen Bundesstraßen aus.

Begründung:

Ab dem 01.08.2012 müssen nun auch schwere Lastkraftwagen (LWK) auf zahlreichen gut ausgebauten Bundesstraßen in Deutschland Maut zahlen. Rund sieben Jahre nach der Einführung auf Autobahnen gelten die Nutzungsgebühren seit Mitternacht zusätzlich auf einen Teil der Bundesstraßen.

Damit will das Verkehrsministerium nun den LKWs zuvorkommen, die die Bundesstraße nutzen, um den Gebühren auf den Autobahnen zu entkommen. Das führt bei vielen Bundesstraßen, beispielsweise im Landkreis Emsland und der B70 dazu, dass diese von LKWs verstopft sind, die diese als Alternativroute nutzen.

Diese schweren LKWs sollen nicht die Bundesstraßen unnötig verstopfen und zeitgleich den Gebühren entgehen. Daher ist es notwendig, dass hier eine Nachbesserung vorgenommen wird. Das Verkehrsministerium geht den richtigen Weg, sollte ihn aber konsequent fortsetzen und weiterhin Bundesstraßen in die Maut-Pflicht hinzufügen. Die zusätzlichen Einnahmen können dann in die Sanierung von Bundesstraßen genutzt werden oder man senkt die Gebühren zugunsten der Speditionen, die in einem harten Wettbewerb stehen.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung „...“, wo es wirtschaftlich Sinn ergibt.“

| |
|---|
| Lingen Sachantrag (4.) |
|---|

„Verpflichtende Polizistenkennzeichnung einführen“

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für eine verpflichtende Polizistenkennzeichnung ein.

Begründung:

Vorwürfe gegen Polizisten wegen übermäßiger Gewalt werden häufig nicht aufgeklärt. Um Täter zur Verantwortung zu ziehen, müssen sie identifiziert werden können. Doch in

Sachanträge BDT 2012

Deutschland bleiben Polizisten anonym – vor allem wenn sie Helme tragen und in geschlossenen Einheiten agieren. Denn in Deutschland gibt es keine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten. Andere europäische Länder sind hier weiter: In England, Schweden und bei den nationalen Einheiten in Spanien tragen alle Polizisten Nummer oder Namen.

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Osnabrück-Stadt Sachantrag (5.)

Abschaffung der Praxisgebühr

Der Bezirksverband der Jungen Union Osnabrück-Emsland, fordert die Abschaffung der Praxisgebühr.

Begründung:

- Zu hoher bürokratischer Aufwand
- Belastung für Patienten
- „Flatrate Arzt“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Lingen Sachantrag (6.)

„Unabhängige Aufklärung bei der Polizei“

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung von Delikten von Polizisten.

Begründung:

Vielfach ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft bei Anzeigen gegen Polizisten wegen Misshandlung nicht konsequent. Oft verlaufen die Verfahren schleppend und oberflächlich, Täter gehen straffrei aus: Zeugen werden nicht vernommen, Beweise spät oder gar nicht gesichert. Polizisten ermitteln gegen Polizisten, Verfahren werden ergebnislos eingestellt. Andere europäische Länder sind hier weiter: In Großbritannien,

Sachanträge BDT 2012

Norwegen und Irland sorgen unabhängige Untersuchungskommissionen bei Vorwürfen gegen Polizisten für objektive Aufklärung.

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Lingen Sachantrag (7.)

„Kernenergie ohne festes Ausstiegsdatum“

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für eine Abschaltung der Kernkraftwerke aus, wenn dies möglich ist. Sollte dies zu 2022 nicht machbar sein, dann müssen die Kernkraftwerke weiter laufen, damit der Industrie und den Bürgern weiterhin Strom zu akzeptablen zur Verfügung gestellt werden kann!

Begründung:

Strom muss für alle bezahlbar sein! – Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Osnabrück Land Sachantrag (8.)

Einführung von Ratsinformationssystemen in Gemeinden und Landkreisen

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich verstärkt für die Einführung von Ratsinformationssystemen in Gemeinden und Landkreisen ein.

Begründung:

Nach § 64 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sind die Sitzungen des Gemeinderates und seiner Fachausschüsse grundsätzlich öffentlich, jeder Bürger hat also die Gelegenheit auch ohne ein Mandat an den Sitzungen teilzunehmen und sich ggf. durch Wortmeldungen in der Einwohnerfragestunde einzubringen.

Jedoch haben nicht alle Menschen die Gelegenheit, regelmäßig dieses Recht auszuüben. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene sind davon betroffen, da viele durch ihr Studium, seien es späte Vorlesungen oder das Studium in anderen Teilen Deutschlands,

Sachanträge BDT 2012

ein Auslandssemester oder ein dauerhafter Aufenthalt in anderen Ländern, nicht in der Lage sind die politischen Debatten und Entwicklungen vor Ort zu verfolgen.

Durch ein Ratsinformationssystem können die Ergebnisprotokolle der Ausschüsse und Räte im Rahmen des Internetauftritts der Kommunen veröffentlicht werden.

Damit wird Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen die Gelegenheit gegeben, sich über die Beratung oder Beschlussfassung anstehender Themen der kommunalen Gremien zu informieren.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Osnabrück Land Sachantrag (9.)

Abschaffung einer zeitlichen Vorgabe für die Beratung des Leitantrages

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen, die Beratungszeit von Leitanträgen auf Bezirksdelegiertentagungen nicht zeitlich zu begrenzen. Vielmehr sollte man einer Diskussion ein angemessenes Forum bieten.

Begründung:

Das Motto der Jungen Union lautet bekanntlich „50% Spaß und 50% Inhalt“. Während eines Bezirksdelegiertentages haben alle Mitglieder die Chance sich einzubringen und sich aktiv zu beteiligen. Dies sollte nicht durch ein zeitliches Rahmenfenster begrenzt werden.

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Osnabrück Land Sachantrag (10.)

Aktueller Bearbeitungsstand der schon beschlossenen Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen, dass an Bezirksdelegiertentagungen ein aktueller Bericht über den Bearbeitungsstand bereits beschlossener Sachanträge vorgelegt wird.

Begründung:

Sachanträge BDT 2012

Jedes Jahr investieren JU´ler viel Zeit in die Erarbeitung von Sachanträgen. Leider geraten die verabschiedeten Anträge viel zu schnell in Vergessenheit. Für alle JU´ler wäre es interessant über den aktuellen Bearbeitungsstand informiert zu werden. Teilweise könnten die Anträge auch als Themengrundlage für das folgende Jahr dienen und zum Beispiel in einem Bezirksausschuss bearbeitet werden.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung: „... ein aktueller Bericht, in dem exemplarisch über den Bearbeitungsstand bereits beschlossener Sachanträge informiert wird.“

Lingen Sachantrag (11.)

„Das EEG endgültig abschalten!“

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus. Stattdessen muss man sich für eine kosteneffizienteren Ausbau stark machen. Des Weiteren müssen bürokratische Hürden abgeschafft werden.

Begründung:

Wir wollen auf keinen Fall den Ausbau der Erneuerbaren Energien schwächen. Allerdings kann die Ökostromumlage in Zukunft so nicht weiter bestehen bleiben. Deutschland hat bereits knapp 100 Milliarden Euro in den Ausbau von Photovoltaikanlagen subventioniert. Der Solarstromanteil in Deutschland beträgt trotzdem nur ca. 4%.

Nun wird die EEG-Umlage auf gut 5,3 cent/kWh weiter ansteigen. Dieser Anstieg zeigt, dass das EEG so nicht zukunftsfähig ist und es einer kosteneffizienteren Lösung bedarf. Dabei sollten nicht mehr nur bestimmte Technologien gefördert werden, sondern die grundsätzliche Einspeisung von „grünen Strom“. Das Ziel von einem Ökostromanteil von 35% im Jahr 2020 kann Berechnungen zu Folge erheblich günstiger erreicht werden, wenn nicht mehr nur Nischentechnologien (insb. Photovoltaik) stark subventioniert werden. Investoren würden demnach die Technologien einsetzen, die am jeweiligen Standort die günstigste Alternative wäre. Dies wären vielerorts die Windkraftanlagen. Der Ausbau von Bürgerwindparks scheitert zudem oft an zu hohen bürokratischen Auflagen. Hier müssen vereinfachte Spielregeln her.

Knapp die Hälfte der Solaranlagen stehen in Deutschland!

- Solar produziert nicht den günstigsten Strom
- Differenz aus Kosten und Einspeisevergütung
- Bei PV ist die Einspeisevergütung immer teurer

Sachanträge BDT 2012

- Mehr Wettbewerb

Votum der Antragskommission:

Annahme mit folgender Änderung „Die Art und Weise der Subventionierung von erneuerbaren Energien, insbesondere die sehr starke und teure Förderung von Photovoltaik, muss verändert werden.“

Osnabrück Land Sachantrag (12.)

Ehegattensplitting erhalten – Mehr für Kinder tun!

Wenn zwei Menschen sich entschließen, den Lebensweg gemeinsam zu gehen und hierzu einen vertraglichen Bund eingehen, sind sie nicht mehr als zwei getrennte Personen zu betrachten. Die Fürsorge- und Unterhaltsverpflichtungen, die die beiden Partner sich gegenseitig versprechen, macht sie zu einer Leistungsgemeinschaft, in der zwei Personen, wie eine behandelt werden. Das Ehegattensplitting ist daher keine familienpolitische Maßnahme, sondern eine der Leistungsbereitschaft der Ehepartner entsprechend sachgerechte Besteuerung. Ein Familiensplitting verfolgt hingegen einen anderen Ansatz und erhebt die Familie als Ganzes zur Leistungsgemeinschaft im Rahmen des Steuerrechts. Dieses bedeutet zwangsläufig, dass auch Einkünfte von Kindern der Berechnung zu Grunde gelegt werden müssen und verzerrt den Grundsatz einer sachgerechten Besteuerung zweier Menschen, die sich vertraglich miteinander langfristig gebunden haben. Da Kinder, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (z.B. Frankreich), in Deutschland früher den Familienverbund verlassen, um auf eigenen Beinen zu stehen, ist der grundsätzliche Ansatz eines Familiensplittings in Deutschland nicht sachgerecht. Eine Besserstellung von Familien mit Kindern hat daher über andere Maßnahmen zu erfolgen, wie beispielsweise Kinderfreibeträge oder Kindergeld, nicht aber über Veränderungen beim Ehegattensplitting.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge daher beschließen:

1. Das Ehegattensplitting trägt den gegenseitigen Beistandspflichten zweier Partner, die sich vertraglich langfristig als Leistungsgemeinschaft gebunden haben Rechnung und ist daher beizubehalten.
2. Verbesserungen von Leistungen für Kinder sind zielgerichtet anzustreben.
3. Eine steuerrechtliche Anerkennung von Gemeinschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz ist anzustreben, wenn diesen die gleichen Pflichten (z.B. Fürsorge- und Unterhaltsverpflichtungen) zugestanden sind. Der Einklang mit Artikel 6 GG muss hier grundsätzlich auf seine Berechtigung überprüft werden.

Sachanträge BDT 2012

Votum der Antragskommission:

Annahme

Osnabrück Land Sachantrag (13.)

PKW-Maut flächendeckend einführen

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

Abschaffung der KFZ-Steuer bei gleichzeitiger Einführung einer flächendeckenden Straßennutzungsgebühr für motorisierte Fahrzeuge, auf allen deutschen Straßen.

Begründung:

Deutschland befindet sich in der Mitte von Europa. Gerade unser Bezirk ist stark durch transnationale Verkehrsströme geprägt und profitiert auch davon. Wir haben Autobahnen, die so gut ausgebaut sind, wie in wenigen anderen Ländern. In fast allen Ländern um uns herum, werden Mautgebühren verlangt. In Deutschland wird immer argumentiert, dass die Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen gerade auch über die KFZ-Steuer erfolgt. Zudem berge die Einführung einer PKW-Maut die Gefahr, dass die Autobahnen umfahren werden, und somit in den Ortschaften der Fernverkehr überdimensional zunimmt.

Derzeit bezahlt der deutsche Steuerzahler den gesamten Straßenneubau und –unterhalt, während eine nicht unerhebliche Nutzung und Abnutzung der deutschen Straßen durch den Transitverkehr erfolgt. Mit der Einführung einer Straßennutzungsgebühr kann eine Cofinanzierung gerade durch Nutzer aus den benachbarten Ländern stattfinden. Sofern eine Gebühr nicht nur für die Nutzung der Autobahnen, sondern für alle Straßen erhoben wird, kann vermieden werden, dass gezielte Autobahnumfahrungen stattfinden und hierdurch eine Verkehrszunahme auf Bundes-, Staats- und Kreisstraßen erfolgt. Vorteil einer derart umfassenden Nutzungsgebühr ist zudem die Möglichkeit einer Aufteilung der Gebühreneinnahmen auf alle Träger der Straßenbaulast: Bund, Länder und Kommunen. Insoweit kann gerade den derzeit finanziell angeschlagenen Gemeinden in gewissem Umfang weiterer Handlungsspielraum für nötige Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur gegeben und der Reparaturstau aufgelöst werden.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Osnabrück Land Sachantrag (14.)

Verkehrssicherheit durch Radarfallen, aber keine Abzocke

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine starke Reduzierung von mobilen Blitzern und eine Verwendung von fest installierten Blitzern nur auf Unfallstraßen und Orten mit gefährdeten Personengruppen, wie z.B. Schulen. Um auch wirklich Sicherheit zu gewährleisten, müssen diese immer deutlich gekennzeichnet sein.

Begründung:

Radarkontrollen haben die Aufgabe Unfälle zu verhindern und den Verkehr sicherer zu machen. Sie sind nicht dazu da, die Kassen der Behörden zu füllen. Die Straßen, auf denen sich besonders viele Unfälle ereignen, sind nicht die, auf denen die meisten Radarkontrollen stattfinden. Stattdessen wird häufig auf breit angelegten, gut ausgebauten Straßen geblitzt, die viel von Pendlern befahren werden. Dies lässt vermuten, dass die Radarkontrollen eher der eigenen Kostendeckung, als der Sicherheit der Autofahrer dienen.

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Osnabrück Land Sachantrag (15.)

Zeitumstellung abschaffen

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, an einer europäischen Lösung zur Abschaffung der jährlichen Umstellung auf die Winterzeit zu arbeiten.

Begründung:

Die Idee der Zeitumstellung geht auf Benjamin Franklin zurück, der darin ein Mittel zur Energieeinsparung sah. Im Ersten Weltkrieg stellte Deutschland zum ersten Mal seine Uhren um, damit in den Waffenfabriken länger das Tageslicht genutzt werden konnte. Die Umstellung wurde aber 1919 wieder abgeschafft, ehe sie 1980 erneut eingeführt wurde.

Sachanträge BDT 2012

Der Hauptgrund war abermals eine erhoffte Energieeinsparung im Nachgang der Ä-Ikrise. Dieses Argument wurde jedoch mehrfach widerlegt, so dass kein klarer empirischer Beleg für einen energetisch-ökologischen Effekt vorliegt (z.B. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft). Neuere Untersuchungen (Elizabeth Garnsey, University of Cambridge, 2010) für U.K. ergaben sogar, dass die Beibehaltung der Sommerzeit jährlich bis zu 450.000 Tonnen CO₂ Einsparungen bringen könnte.

Die Zeitumstellung belastet zudem die innere Uhr von Menschen, weil sie eine Art "Mini-Jetlag" verursacht. Wenngleich sich die meisten Menschen innerhalb weniger Tage daran gewöhnen, stellt sich die Frage, ob es sein muss, künstlichen Stress zu erzeugen, der insbesondere für Kinder und alte Menschen besonders belastend und auf die arbeitende Bevölkerung produktivitätshemmend wirken kann.

Nachgewiesen sind ebenso Belastungen für Nutztiere, z.B. wenn sich die Melkzeiten für Kühe verschieben. Die Anpassung an die neue Zeit dauert jedoch nicht wenige Tage wie beim Menschen, sondern Wochen.

Die Zeitumstellung stellt auch einen vermeidbaren bürokratischen Aufwand für Unternehmen, Institutionen, Behörden und Privathaushalte dar. Wenngleich bspw. die Bahn beteuert, keine Probleme mit der Zeitumstellung zu haben, ist trotzdem anzunehmen, dass ein Verzicht auf die Umstellung zu bevorzugen wäre, müssen doch jährlich zweimal 120.000 Uhren umgestellt werden und die Informationssysteme bzw. Zugpläne an den Tagen der Umstellung angepasst werden. Aufgaben, die Arbeitszeit erfordern, die an anderer Stelle besser gebraucht werden könnte. Erwähnt sei an dieser Stelle auch noch der Aufwand durch die Umstellung nichtautomatischer, z.B. historischer Uhren.

Eine ganzjährige Sommerzeit ist einer ganzjährigen Winterzeit vorzuziehen. Würde die Winterzeit auch im Sommer gelten, würde der Tag eine Stunde früher beginnen, d.h. gegen 3.00 Uhr. Der Nutzen einer Verlängerung des Tages am Morgen ist jedoch gering, da um diese Uhrzeiten der Großteil der Bevölkerung schläft. Stattdessen würde der Abend eine Stunde früher, also gegen 21 statt 22 Uhr, einsetzen. Um diese Uhrzeiten hingegen ist der Großteil der Bevölkerung noch wach, so dass bei einer Beibehaltung der Winterzeit im Sommer der Tag künstlich verkürzt werden würde. Bei einer Beibehaltung der Sommerzeit auch im Winter würde der Tag eine Stunde später, also statt gegen 8.30 Uhr erst gegen 9.30 Uhr beginnen. Das frühe Einsetzen der Nacht ab 16 Uhr würde auf 17 Uhr verschoben werden, der Nachmittag wäre damit länger.

Wenngleich sich die Europäische Kommission vor Jahren bereits für die Einhaltung der bestehenden Zeitumstellung ausgesprochen hat, sollte die Bundesregierung einen neuen Vorstoß wagen, um eine künstliche Verkomplizierung des Alltags zu beseitigen.

Votum der Antragskommission:

Annahme